



# Farbenspiel im Krisenmodus

Energiekrise – Personalmangel – Inflation –  
politische Ratlosigkeit

Wer wie ich schon etwas lebensälter ist, der hat auch schon viele Krisen erlebt, aber auch zahlreiche überlebt. In der polizeilichen Ausbildung haben wir einige Grundsätze kennengelernt, die uns in allen

Krisen gute Leitsätze waren und sind. Beispielsweise „Ruhe bewahren“. Oder aber auch „In der Routine liegt die Gefahr“. Krisen in dem Sinne, dass wir mit Gefahren umgehen und schwierigste Situationen – meist sehr schnell – lösen müssen, prägen den Polizeiberuf. Doch unmittelbar mit all den Problemstellungen und Lösungsansätzen haben wir gelernt, uns und unser Handeln immer wieder zu reflektieren. Eben nicht in alten Lösungsmustern zu verharren und dabei nicht lageangepasst zu reagieren oder gar „alte Fehler“ zu wiederholen.

## ■ Inflation politischer Lösungen

Mit Bedauern stellen wir aktuell fest, dass die Politik nahezu ausschließlich nach alten Mustern reagiert. Das macht die Politik – und an dieser Stelle darf man tatsächlich über alle Parteien hinweg verallgemeinern – vielleicht etwas berechenbarer. Aber das macht die Politik nicht erfolgreicher. Immer mehr nehmen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kollateralschäden zu. Immer mehr zahlt der Bürger dafür die Zeche. Immer mehr leiden Bürger unter den politischen (Fehl-)Entscheidungen. Immer öfter werden ehemalige politische Fehlentscheidungen zum Bumerang und man hat das Gefühl, der Aufschlag wird immer heftiger.

## ■ Reserve bilden

Das gilt nicht nur in der Krise selbst. Der wahre Sinn dieses



> Oliver Auras

© DPoIG BW

Grundsatzes liegt darin, sich vor Krisen und sich abzeichnenden Entwicklungen gut aufzustellen. Eben frühzeitig dafür zu sorgen, dass man genügend (Polizei-) Personal zur Verfügung hat. Mit Blick auf die technischen Entwicklungen dafür zu sorgen, dass man immer auf dem aktuellen Stand der (Polizei-)Technik ist. Finanzielle wie materielle Reserven sind in allen Lebensbereichen von enormer Bedeutung. Dass man dies optimalerweise in „guten Zeiten“ machen sollte, versteht sich von selbst. Leider müssen wir feststellen, dass weder gesellschaftspolitisch noch in der Inneren Sicherheit Reserven gebildet wurden und wir nicht so aufgestellt sind, dass wir gegenüber den Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet sind. Es ist eine bittere Wahrheit, dass die Polizei seit Jahren im Krisenmodus arbeitet. Und täglich werden die politischen Fehlentscheidungen – auf die wir in der DPoIG auch schon seit Jahren hingewiesen haben – nach oben geschwemmt und sichtbar.

## ■ Vertrauen

Immer stärker nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die Entscheidungen der Bundes- und Landesregierungen ab. Viele trauen es den Verantwortungsträgern nicht mehr zu, dass sie die aktuellen und zukünftigen Probleme lösen.

## ■ Der schwache Staat

Es war unser Bundesvorsitzender Rainer Wendt in seinem 2017 erschienen Buch „Deutschland in Gefahr: Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt“, der öffentlich den Finger in die Wunde gelegt hatte. Es war unser Landesehrenvorsitzender, Dieter Berberich, der in seiner Amtszeit vor mehr als 20 Jahren, auf Personal- und Ausrüstungsdefizite hingewiesen hatte. Und heute sind wir es, die auf das politische Treibgut hinweisen, von dem großer Schaden droht.

## ■ Die Last wird immer größer

Auch deshalb, weil seit Jahren Probleme verschoben und verlagert werden. Alleine im baulichen Bereich droht der Polizei ein Desaster. Auf Jahre verschobene Bauplanungen werden mindestens doppelt so teuer als vorhergesehen. Schlechte Bausubstanz wird Energiekosten in ungekanntem Ausmaß produzieren. Eine fehlende Priorisierung bei Beschaffungen auf den Schwerpunkt „Mensch“ werden zur Gefahr für die Polizeibeschäftigten. Und im nächsten Schritt wird das Personal wieder zur Kasse gebeten werden. Es bleibt bei den politischen Handlungsmustern – nur das ist noch sicher.

Ihr  
Oliver Auras

## Inhalt

- 2 Stellenhebungen in den gehobenen Dienst dringend erforderlich
- 2 DPoIG fordert Energiepreispause für Versorgungsempfänger(innen)
- 3 Forderung der DPoIG-Tarifvertretung erfüllt – Hinzuverdienstgrenze wird gestrichen
- 3 Haushalt 2023/2024 – Personal bei der Polizei
- 4 Kommen jetzt endlich die Stellen für Ermittlungsassistenten?
- 4 DPoIG kritisiert Innenminister
- 5 Generationswechsel im Kreisverband Ravensburg
- 6 Bezirkstagung Polizeipräsidium Einsatz
- 6 Fit for Test – über 800 Teilnehmer(innen)
- 7 Jahreshauptversammlung mit Sommer-Hock
- 8 Landesjugendausschuss tagt in Stuttgart
- 8 Nachruf Reinald Spehr

## Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Telefon 07251.703-1510  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 0711.9979474-0  
Telefax 0711.9979474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830



# Qualifikationsaufstieg in den gehobenen Dienst Stellenhebungen in den gehobenen Dienst dringend erforderlich

Blutet der Qualifikationsaufstieg aus? Wird es auch in der Zukunft noch einen „QL“ geben? Wird der Quali-Aufstieg weiter reduziert?

Viele Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst sind angesichts der abgesenkten Zulassungszahlen zum sogenannten Qualifizierungslehrgang verunsichert. Ganze 100 (Plätze) Zulassungsmöglichkeiten wird es im Jahr 2022 geben. Und zur Wahrheit gehört, dass es den DPoIG-Bemühungen zu verdanken ist, dass es im Jahr 2022 überhaupt Aufstiegslehrgänge gibt. Vor dem Hintergrund des „4-Säulen-Modells“ wurde geprüft, ob diese nicht ganz entfallen sollen.

Weil sich die Zulassungsmöglichkeiten am gesamten gehobenen Polizeivollzugsdienst orientieren, schlagen damit erstmalig die erhöhten Einstellungszahlen bei den Polizeikommissarsanwärter(inne)n durch. Trotz der überhöhten und aus Sicht der DPoIG „ungesunden“ Einstellungspraxis im mittleren Dienst, kommt es zu einer Reduzierung der Aufstiegsmöglichkeiten über den Qualifikationslehrgang.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft setzt sich seit Jahren für verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten für Regelaufsteiger ein. Eine Erhöhung der Studienplätze von 200 auf 400 Aufstiegsplätze ist ein Verdienst der DPoIG. Gleichzeitig fordert die DPoIG



Dirk Preis

aber auch seit Jahren Stellenhebungen vom mittleren in den gehobenen Dienst. Auch deshalb, weil 660 POKA-Einstellungen und 400 Regelaufsteiger im Jahr 2025 – bei dann abnehmenden Pensionierungszahlen im gehobenen PVD – zwangsläufig zu einem „Ausbluten“ der Qualifikationslehrgänge führen können.

## QL-Plätze 2022

Dienststelle/Einrichtung	Plätze
PP Aalen	10
PP Freiburg	8
PP Heilbronn	3
PP Karlsruhe	10
PP Konstanz	6
PP Ludwigsburg	9
PP Mannheim	9
PP Offenburg	6
PP Pforzheim	6
PP Rastatt	10
PP Ravensburg	2
PP Stuttgart	13
PP Ulm	7
PP Esslingen	2
FILS Pol	2
Hochschule für Polizei	2
Landeskriminalamt	0
Landesamt für Verfassungsschutz	0

© DPoIG BW

Dirk Preis, DPoIG-Beauftragter für Sonderaufgaben, stellt klar: „Der Stellenanteil im gehobenen Dienst muss weiter – und zwar drastisch – erhöht werden. Die zentrale Laufbahn im Polizeidienst muss wie im Koalitionsvertrag geregelt, der gehobene Polizeivollzugsdienst sein. Und zwar jetzt!“

### Info

Die Verteilung der QL-Lehrgangplätze erfolgt auf Basis von Prognosen. Dabei wird festgestellt, wie viele Stellen im gehobenen Dienst unbesetzt sind. Berücksichtigt wird dabei auch, wie viele Absolventen des Studiums an der Hochschule für Polizei im April 2023 das Studium beenden. Also wie viele freie und besetzbare Planstellen es im April 2023 im gPVD gibt.

Bei der Verteilung der Aufstiegsmöglichkeiten über den QL wird zwar auf einen möglichst einheitlichen Erfüllungsstand geachtet. Von zentraler Bedeutung ist aber die Stellensituation im jeweiligen Polizeipräsidium.

# DPoIG fordert Energiepreispauschale für Versorgungsempfänger(innen)

Der Koalitionsausschuss der Ampel hat sich am 4. September 2022 auf ein weiteres (drittes) Entlastungspaket geeinigt. Darin enthalten ist auch eine Energiepreispauschale für Rentner(innen). Diese sollen zum 1. Dezember 2022 eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro erhalten. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund sechs Milliarden Euro – knapp ein Zehntel des 65-Milliarden-Euro-Pakets ist für die Senioren reserviert. Nicht geregelt ist die Einbeziehung der Versorgungsempfänger(innen). Hierzu bedarf es einer länderspezifischen Regelung. Der Bund hat bereits

zugesichert, dass er die Energiepreispauschale auf die Versorgungsempfänger(innen) des Bundes übertragen wird.

Die DPoIG-Landesseniorenvertretung fordert die grün-schwarze Landesregierung auf, eine entsprechende Entscheidung auch im Land zu treffen. Hierzu der Landesseniorenbefauftragte Berndt Wittmeier: „Auch die Polizeipensionäre in THE LÄND sind von dem Anstieg der Energiekosten betroffen. Die Inflation trifft auch die ehemaligen Polizisten und Verwaltungsbeamten. Schon bei der Corona-Zulage waren wir benachteiligt.



Berndt Wittmeier

Es reicht!“ Für die Deutsche Polizeigewerkschaft geht es nicht um Respekt und Wertschätzung. Darauf konnten wir in der Vergangenheit nur selten zählen. Es geht um Gerechtigkeit.

### Info

Zu den bisherigen Anspruchsberechtigten gehörten aktiv Beschäftigte, die in Deutschland wohnen und während des Jahres 2022 Einkünfte aus dieser Beschäftigung beziehen. Die Auszahlung erfolgt für Landesbeschäftigte durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung, wenn sie am 1. September 2022 in einem ersten Dienstverhältnis stehen und in einer der Steuerklassen 1 bis 5 eingereiht sind. Die Pauschale unterliegt der Steuerpflicht und wurde im Monat September 2022 ausbezahlt. Auch Beamte erhielten diese Pauschale.



## Forderung der DPolG-Tarifvertretung erfüllt – Hinzuverdienstgrenze wird gestrichen

Der Landestarifbeauftragte Edmund Schuler hatte in den vergangenen Wochen gefordert, angesichts der galoppierenden Inflation und enormen Steigerung der Lebensunterhaltskosten die ausgeweiteten Hinzuverdienstmöglichkeiten für arbeitende Rentner zu verlängern. Schuler dazu: „In der Pandemie wurden die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentnerinnen und Rentner verbessert. Das muss man jetzt fortführen.“

Noch für 2022 gilt für Bezieher einer Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze, dass bis zu 46 060 Euro zur Rente dazuverdiene werden können, ohne dass diese gekürzt wird. Die Bundesregierung hat nun einen Gesetzesentwurf beschlossen, mit dem die Hinzuverdienstmöglichkeiten in der gesetz-

lichen Rentenversicherung bei vorgezogenen Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten zum 1. Januar 2023 reformiert werden:

- > Die Hinzuverdienstgrenze bei **vorgezogenen Altersrenten** soll ersatzlos fallen.
- > Bei **Erwerbsminderungsrenten** sollen die Hinzuverdienstgrenzen deutlich angehoben werden.
- **Eigene Regeln für Hinzuverdienstgrenze bei Erwerbsminderungsrente**

Die kalenderjährliche Hinzuverdienstgrenze in Höhe von 6 300 Euro für Bezieher einer **Rente wegen voller Erwerbsminderung** bleibt nach aktuellem Stand für 2022 unverändert. Ein gelegentliches unvorhersehba-

res Überschreiten der Verdienstgrenze im Minijob könnte dazu führen, dass Rentner die kalenderjährliche Hinzuverdienstgrenze in Höhe von 6 300 Euro überschreiten. Dies würde sich rentenschädlich auswirken.

Nun werden die wenigsten (Früh-)Rentner(innen) so hohe Hinzuverdienstmöglichkeiten haben und viele werden sich glücklich schätzen, wenn sie gesundheitlich überhaupt dazu in der Lage sind, eine Hinzuverdienstmöglichkeit zu haben. Zur Wahrheit gehört, dass viele im öffentlichen Dienst (ohne Zusatzversorgung) die „Eckrente“ nicht erreichen. In der Regel liegt die Rente der ehemaligen Mitarbeiter(innen) der Polizei zwischen 1 200 und 1 500 Euro. Bei sogenannten Frührentnern verschärft sich die Situation.



> Edmund Schuler

Vielen droht die Altersarmut. Viele brauchen einen Nebenjob. In Zukunft wird es wenigstens möglich sein, mehr als im Mini- oder Midijob hinzuverdienen, ohne dabei Kürzungen bei der Rente hinnehmen zu müssen.

Ist die Regelaltersgrenze erreicht, gibt es keine Grenzen für einen Hinzuverdienst. ■

## Haushalt 2023/2024 – Personal bei der Polizei

Grün-Schwarze Landesregierung kämpft mit höchster Kraftanstrengung um Erhalt des letzten Platzes

Man sollte das Gefühl haben, es geht um die höchstmögliche Sicherheit, den ersten Platz bei einem Wettbewerb in der Kriminalitätsbekämpfung. In Wirklichkeit geht es darum, mit aller Macht und aller Kraftanstrengung den letzten Platz bei der Personalausstattung zu verteidigen. Schwerste Geschütze werden aufgeföhren, um das Schlusslicht und die Laterne nicht an „Bessere“ abgeben zu müssen. Die Arena ist dabei der Haushaltsausschuss, in dem der angeschlagene Innenminister den Eindruck erweckt, als habe er das Ziel, nur nicht zu viel vom Kuchen abzubekommen.

Es drängt sich der Eindruck auf, als wäre man bei einem Wrestling-Kampf, in dem man mit schlaun Sprüchen am Ende auf den Boden knallt, man das Gesicht verzerrt, als hätte man schwere Brüche erlitten, um dann anschließend gut gelaunt in der Kabine entspannt das von außen aufgespritzte Wasser abzuwischen.

Respekt – 300 Stellen für die Polizei. Vermutlich 50 Stellen für den Polizeivollzug. Das ist wirklich eine absolute Erfolgsgeschichte. Dabei ist jedem Insider klar, dass man in Baden-Württemberg 3 000 Polizeivollzugsstellen benötigt, um im Ver-



> Dirk Neitzke, Bezirksvorsitzender Kurpfalz

gleich zur Polizeidichte den letzten Platz zu verlassen. Wer so weitermacht, braucht 60 Doppelhaushalte, das heißt 120 Jahre. Man spürt einfach förmlich, wie wichtig die Innere Sicherheit der Landesregierung ist.

Und wenn ich die Situation in vielen Polizeidienststellen betrachte, dann sehe ich unbesetzte Bürostühle, fehlende Streifenwagenbesatzungen, volle Mehrarbeitsblätter, ausgebrannte Mitarbeiter(innen), Aushilfen in den Dienstgruppen und Berge von Ermittlungsakten. Respekt für das politische Feingefühl und die grandiose Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Und ein Dankeschön für die mitarbeiterfreundliche Arbeit. So macht „Freimachen“ doch Spaß, man freut sich auf den Ruhestand und will einfach nur noch weg. Nicht, weil das nicht mehr die Polizei ist, meine Polizei ist, sondern weil es nicht mehr die Politik ist, meine Politik ist. ■



# Kommen jetzt endlich die Stellen für Ermittlungsassistenten?

Können Sie sich noch daran erinnern? Es war die alte (grün-schwarze) Landesregierung – vor Jahren und zig Staatshaushalten –, die beschlossen hatte, Stellen für Ermittlungsassistenten zu schaffen; Tarifstellen in der Entgeltgruppe 9.

Dann kam die Einstellungs-offensive, die geschlossene Polizeischule in Wertheim wurde wieder reaktiviert und der neue Bildungsstandort in Herrenberg eröffnet. Sowohl für die Einstellungs-offensive als auch die neuen Bildungsstandorte brauchte man Tarifbeschäftigte. Köche, Küchenhilfskräfte, Unterkunftsarbeiter,

Pförtner und andere Beschäftigte, ohne die keine Bildungseinrichtung auskommt. Kurzerhand nahm man die für die Ermittlungsassistenten vorgesehenen Finanzmittel und widmete sie um. Und weil der Pförtner und seine anderen Kolleginnen und Kollegen nicht in der Entgeltgruppe 9 eingruppiert waren, konnte man mit den damaligen Mitteln die „Personallöcher“ stopfen. Die Ermittlungsassistenten wurden nicht eingestellt.

Schlecht übrigens nicht nur für die Dienststellen, die dringend auf die Ermittlungsassistenten gewartet haben, sondern auch

für die Tarifbeschäftigten an den Bildungsstandorten. Denn diese wurden nur befristet eingestellt und arbeiten derzeit auf einem „Schleudersitz“, ohne Zukunftsperspektive und mit der dauernden Angst, sie könnten ihren Arbeitsplatz verlieren. Zahlreiche Tarifbeschäftigte haben sich bereits wieder verabschiedet und sich Arbeitsplätze mit mehr Verdienst und mehr Sicherheit gesucht.

Bei den aktuellen Haushaltsberatungen scheint es zumindest gelungen zu sein, jetzt die Stellen für Ermittlungsassistenten zu schaffen und damit eine langjährige Forderung der



© DPoIG BW

> Annette Kees, Bezirkstarifbeauftragte HfPol, kämpft für unbefristete Arbeitsverträge.

DPoIG umzusetzen. Dabei hoffen wir, dass damit auch der Weg dafür frei ist, allen befristet eingestellten Tarifbeschäftigten in den Bildungseinrichtungen einen unbefristeten Vertrag zu geben und damit den zweiten Teil der DPoIG-Forderung umzusetzen. ■

## DPoIG kritisiert Innenminister

### Ausbildungsreform führt zu Qualitätsverlusten

Zum 1. September 2022 wurde die Ausbildung für den mittleren Dienst verändert. Zuvor hatte die DPoIG im Gesetzgebungsverfahren mit einer mehr als 16-seitigen Stellungnahme die Ausbildungsreform abgelehnt.

Zur Bekanntgabe durch den Innenminister hatte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer gegenüber der Presse festgestellt: „Die DPoIG hat in der Vergangenheit selten einen Verordnungsentwurf so stark kritisiert und abgelehnt wie die neuen Regelungen zur Veränderung der Ausbildung. In der Vergangenheit wurden die Praktika in der Ausbildung mehrfach ausgeweitet, weil Personal auf der Straße fehlte oder schlichtweg die Betten für Auszubildende fehlten. Der Innenminister verkürzt zwar das Praktikum nun wieder,

aber eben nicht auf den vorherigen Umfang.“

Nach Ansicht der DPoIG missbraucht Innenminister Strobl weiterhin Auszubildende, um das fehlende Personal auszugleichen. An den Bettenkapazitäten für die Auszubildenden kann es nicht liegen. Die Landesregierung hatte mit mehr als 100 Millionen Euro den Ausbildungsstandort in Herrenberg neu eröffnet und den bereits geschlossenen Schulstandort in Wertheim wiedereröffnet.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass ein Evaluationsprojekt mit der Beteiligung von Praktikern zu einem anderen Ergebnis gekommen war. Das Praktikum sollte nach Auffassung des Evaluationsteams wieder auf sechs Monate reduziert werden und weitere Inhal-



© DPoIG BW

te in die Ausbildung eingebaut werden. Durch eine Führungsentscheidung des Innenministeriums wurde dieser Vorschlag des Projektteams nicht übernommen und das Praktikum auf neun Monate festgelegt. „Per order de Mufti“ und nicht nach Bildungs- und Qualitätskriterien wird abermals die Ausbildung für den Polizeidienst festgelegt. Dabei erscheint es nicht ver-

wunderlich, dass auch hier die Einschätzungen und Wahrnehmungen des Innenministers zur Evaluation und dem Ergebnis der Untersuchung nicht mit dem anderer übereinstimmen.

Kusterer kritisiert weiter: „Bei den bisherigen Beteiligungsverfahren wurde der eigentliche Lehrplan nie vorgelegt. Es wurde eine Verordnung verab-



schiedet, in der Ermächtigungen für die Erstellung der Lehrpläne – das Herzstück jeder Ausbildung – geregelt sind. Die Lehrpläne wurden jedoch nicht vorgelegt. Damit wird eine Beteiligung der Gewerkschaften und Verbände sowie der Personalvertretungen gerade am Herzstück ausgehebelt.“ Die DPoIG geht davon aus, dass bei der notwendigen Ausweitung der Lerninhalte die sogenannten Tiefenstufen zum Nachteil der Qualität reduziert wurden. Diese Qualitätsverluste müssen nach der Ausbildung mit großem Krafteinsatz der be-

reits ausgebildeten Beamten im täglichen Dienst ausgeglichen werden.

Kusterer dazu: „Das ist so, wie wenn Sie einem Bäckerlehrling vermitteln, dass er Salz, Mehl und Hefe für das Backwerk braucht, aber ihm nicht vermitteln wie viel Salz, Mehl und Hefe er verwenden soll. Es reicht für eine gute Polizeiausbildung nicht aus, wenn man am Sonntag den Tatort anschaut.“

Für die DPoIG ist es völlig unverständlich, warum angesichts der enormen Heraus-

forderungen in der täglichen Praxis keine wirkliche Qualitätsoffensive gestartet wird, nachdem man bereits vor Jahren eine Ausbildungsoffensive auf den Weg gebracht hatte.

Kusterer weiter: „Das Ländle ist bundesweit auf dem letzten Platz bei der Personalausstattung. Wir haben enorme Ausstattungsprobleme. Jetzt werden wir auch noch in der Ausbildungsqualität Verluste hinnehmen müssen. Das alles führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.“

Die DPoIG kündigt an, alles dafür zu tun, dass die immer weniger werdenden Bewerber und Polizeiauszubildenden die beste Ausbildung erhalten, die man vermitteln kann.

Darauf haben nicht nur die Auszubildenden, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht. Dabei steht die DPoIG Seite an Seite mit den zahlreichen Beteiligten aus der Praxis und den Bildungseinrichtungen im Evaluationsprozess – denn die wissen, wovon sie reden und was verändert werden müsste. ■

## Generationswechsel im Kreisverband Ravensburg



> Alter und neuer Vorstand mit Gästen und Geehrten

### Siegfried Traub übergibt Vorsitz an Marcus Haider

Am 18. August 2022 fand im Hotel-Gasthof „Post“ in Wolfegg die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Ravensburg statt. Der Kreisvorsitzende Siegfried Traub war sichtlich erfreut über einen gut besetzten „großen Saal“ des Hauses und damit das große Interesse an der DPoIG und dem Kreisverband Ravensburg. Mit großer Freude begrüßte er in Vertretung des Polizeipräsidenten, Ltd. PD Axel Drexler, den Verwaltungsleiter Achim Nielsen und das Ehrenmitglied im Kreisverband, Axel Klaffke, die Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert, den Landesvorsitzenden Ralf Kusterer und vom Bodensee-Kreisverband Alexander Ehninger.

Im Geschäftsbericht blickte Siegfried Traub nicht nur auf die DPoIG zurück, sondern flankierte seine Ausführungen mit den Entwicklungen der Polizei im Bereich der ehemaligen Polizeidirektion Ravensburg. Er streifte die Polizeistrukturreform 2020 und auch den Kampf für ein eigenes Polizeipräsidium, das vor der Reform 2014 schon von Axel Klaffke gefordert wurde. Es konnten zahlreiche Erfolge benannt werden, wie etwa die positive Mitgliederentwicklung oder die grandios gewonnene Personalratswahl. Bekannt für seine klaren Worte, zeigte er Defizite im baulichen Bereich auf und mahnte zur schnellen Umsetzung der Baumaßnahmen. Oder eben das

„marodeste Dienstgebäude“, das zwar jetzt renoviert wurde, aber weiterhin keinen optimalen Arbeitsplatz bietet.

Gemeinsam mit Ralf Kusterer nahm Siegfried Traub die Ehrung zahlreicher Mitglieder für deren langjährige Mitgliedschaft und Treue zur DPoIG vor. Neben Ehrenurkunden und Ehrennadel erhielten die Geehr-

ten nach dem Motto „sei schlau – tank blau“ auch Geschenk-(Tank-)Gutscheinkarten, die auf positive Resonanz stießen.

Nach dem positiven Bericht des Schatzmeisters und einem Lob von den Kassenprüfern für die einwandfreie Kassenführung, wurde der gesamte Vorstand entlastet. Siegfried Traub bedankte sich bei seinen engsten

#### Wahlergebnisse

<b>Kreisvorsitzender</b>	Marcus Haider
<b>Stellvertreter</b>	Michael Putze
<b>Kreisgeschäftsführer</b>	Ralf Pohl
<b>Kreischatzmeisterin</b>	Brigitte Nitschke
<b>Kassenprüferin</b>	Helena Jung
<b>Kassenprüfer</b>	Simon Göpfert
<b>Tarifbeauftragte</b>	Sabine Schmid
<b>Frauenbeauftragte</b>	Andrea Janda
<b>Seniorenbeauftragter</b>	Gerhard Hueber
<b>Vertreter JUNGE POLIZEI</b>	Florian Kibler



Mitstreitern Sabine Schmid und Ralf Pohl. Ein besonderes Lob gab es an den bisherigen Schatzmeister Gerhard Hueber, der auch in anderen Funktionen über Jahrzehnte im Kreisverband mitgearbeitet hatte und eine feste Stütze über all die Jahre war. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Gerhard Hueber

einstimmig zum Ehrenmitglied des Kreisverbandes ernannt.

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer bedankte sich für den Landesverband bei den Aktiven für deren Arbeit vor Ort und bei den Mitgliedern für deren Treue und Interesse. In seinen Ausführungen streifte

er nahezu alle aktuellen Themen und hatte sicherlich für jeden Teilnehmer etwas „Interessantes“ dabei. Egal ob Tarif, Verwaltung, Polizist(in), Rentner oder Pensionär, es gab Informationen aus erster Hand. Und wie immer standen Ralf Kusterer und Sarah Leinert für alle Fragen zur Verfügung.

Einen Höhepunkt stellten die Wahlen dar, mit denen der Kreisverband einen wahren Generationswechsel umsetzt. Dem Team um Siegfried Traub und ihm selbst war es wichtig, die Nachfolge zu regeln – und das so gut wie nur irgendwie möglich, was ihnen auch gelungen ist. ■

## Bezirkstagung Polizeipräsidium Einsatz

### Rolf Schlindwein übernimmt Bezirksvorsitz

Die drei Kreisverbände des PP Einsatz, Standorte Göppingen, Bruchsal und Freiburg, trafen sich am 21. Juli 2022 zur DPoIG-Bezirkstagung in der BPDire (Bepo) Bruchsal.

Der scheidende Bezirksvorsitzende Ingo Tecquert freute sich bei seiner letzten Sitzung, den Landesvorsitzenden Ralf Kusterer, die DPoIG-Justiziarin Sarah Leinert und den Vorsitzenden der JUNGEN POLIZEI, Michael Haug, begrüßen zu dürfen, die zu verschiedenen Themen berichteten.

Ingo Tecquert berichtete in seinem Geschäftsbericht von steigenden Mitgliederzahlen und zahlreichen Einsatzbetreuungen bei Großereignissen,

wie dem G7-Gipfel. Als Highlight erzählte er von der durch Jürgen Engel initiierten Postkartenaktion des DPoIG-Bezirksverbandes zur Forderung einer Erschwerniszulage für die geschlossenen Einheiten des PP Einsatz, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Bei dieser Aktion wurden in der Adventszeit von Ingo Tecquert und Jürgen Engel dem LPP vor dem Innenministerium ein Sack voller Postkarten mit der Überschrift „Erschwerniszulage jetzt!!!“ übergeben. Bei den folgenden Neuwahlen wurden Rolf Schlindwein (Bruchsal) zum Bezirksvorsitzenden sowie Jürgen Engel und Rainer Staib (Göppingen) mit Markus Baumgärtner (Freiburg) zu Stellvertretern gewählt.



> Teilnehmer(innen) an der Bezirkstagung des Polizeipräsidiums Einsatz

Ralf Kusterer bedankte sich mit einer emotionalen Ansprache bei seinem langjährigen „Weggefährten“ Ingo Tecquert und wünschte ihm für die Zukunft in seinem Ruhestand alles Gute. Seinem Nachfolger Rolf Schlindwein sowie seinen Stellvertretern gratulierte er zur Wahl und kam zu dem Fazit, dass der Bezirksverband

mit diesen Personalien für die Zukunft gut gerüstet/aufgestellt sei.

Rolf Schlindwein schloss die Versammlung und bedankte sich bei allen Aktiven in den Kreisverbänden, bei Ralf Kusterer, Sarah Leinert, Michael Haug und vor allem bei seinem Vorgänger Ingo Tecquert. ■

## Fit for Test – über 800 Teilnehmer(innen)

Die digitale Welt bietet auch für uns immer neue Möglichkeiten, die wir im Interesse unserer Mitglieder nutzen. Erneut wurde trotz entspannter Coronalage die heiß begehrte Informationsveranstaltung „Fit for Test“ digital angeboten. Mehr als 800 Teilnehmer(innen) konnten an drei Veranstaltungsterminen und einem Nachzüglertermin teilnehmen.

Die Macher der Veranstaltung waren aus unterschiedlichen

Orten zugeschaltet. Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender, aus Schleswig-Holstein im Urlaub, Dominic Scheffold, der Hauptreferent, von der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart aus. Als „Umläufer höherer Dienst“ musste er nur von seiner aktuellen Wirkungsstätte des Innenministeriums über die Straße laufen. Und im Hintergrund, aus Sindelfingen, unterstützte Jörg Timmann von der Landesgeschäftsstelle.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die neue ANO zum Aufstiegsverfahren und damit die zentralen Zulassungsregeln, gefolgt von den Informationen zum schriftlichen Test, die nach wie vor begehrt sind. Bemerkenswert dabei scheint zu sein, dass, wenn die Berichte aus den Teilnehmerkreisen stimmen, einige Dienststellen dabei sind, das Verfahren an die Wand zu fahren. Vorfestlegungen, die so nicht vorgesehen und rechtlich bedenklich

sind, werden getroffen. Rahmenvorgaben beim Aufstiegsverfahren. Nichtausschöpfen der Bewertungen bis hin zu unzulässigen Quotierungen. Und wenn das so stimmt, dann wird es ein „heißer Winter“ für das Innenministerium. ■



© DPoIG BW



## Kreisverband Waldshut-Tiengen

# Jahreshauptversammlung mit Sommer-Hock

Nicht nur, aber auch, weil die Pandemie uns viele persönliche Begegnungen genommen hat, wollte der Kreisvorsitzende Stephan Frei mit seinem Team eben nicht nur eine Jahreshauptversammlung wie in den vergangenen Jahren durchführen. Und so fand am 14. September 2022 auf dem Vereinsplatz des Radsportvereins in Dogern eine Jahreshauptversammlung mit Sommer-Hock statt.

Stephan Frei konnte in seinem Geschäftsbericht über zahlreiche Tätigkeiten und Aktionen berichten. Jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin war klar, dass es sich beim DPoIG-Team vor Ort um richtige Kümmerer handelt, die stets die Mitglieder im Blick haben und bei Sorgen und Nöten erster Ansprechpartner sind. Dazu gehört, dass die Vorstandschaft auch bei den benachbarten Kreisverbänden und im Bezirksverband gern gesehene Gäste und gute Partner sind. Als äußeres Zeichen dafür konnte Stephan Frei den neuen Lörracher Kreisvorsitzenden Sebastian Feucht und seinen Vorgänger Peter Faller sowie den Landesseniorenbeauftragten Berndt Wittmeier aus Freiburg begrüßen. Das Standing, die Vertretung und die Zusammenarbeit im Örtlichen Personalrat sind gut und garantieren, dass die Beschäftigten gut vertreten sind. Auch deshalb war der ÖPR-Vorsitzende Matthias Lüber ebenfalls gekommen.



Die Vereinsregularien wurden sehr rasch behandelt und erwartungsgemäß gab es keine Beanstandungen, sondern nur Lob. Das galt auch für den Kassenbericht von Bernhard Fox und den Bericht zur Kassenprüfung von Wolfgang Löhle und Günter Biehler. Die Entlastung erfolgte einstimmig und auch bei den Wahlen gab es bei dem bewährten Vorstandsteam kaum Veränderungen.

Bei den folgenden Ehrungen konnten zahlreiche anwesende Mitglieder (25 Jahre: Tobias Albicker, Matthias Basler, Bernhard Fox, Nicole Jüntgen, Joachim Kühnl,

Katja Kühnl, Nicole Trefzer/ 40 Jahre: Wolfgang Löhle, Wolfgang Mücke, Manfred Müller, Richard Schäuble) für ihre jahrzehntelange Treue geehrt und ihnen dafür gedankt werden.

Aus Stuttgart waren der Landesvorsitzende Ralf Kusterer sowie die Geschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert gekommen und hatten wie immer zahlreiche Informationen im Gepäck. Dabei hielten es

beide relativ kurz, um während des Grillfests ins Gespräch zu kommen und dabei keine Fragen offenzulassen. Nicht aber ohne ein herzliches „Vergelt's Gott“ an Stephan Frei, sein Team und besonders an den Geschäftsführer Andreas Tanner.

Ein Höhepunkt war dann sicherlich der gemütliche Sommer-Hock, bei dem der Kreisverband auch bestens für das leibliche Wohl gesorgt hatte. ■

### Wahlergebnisse

<b>Kreisvorsitzender</b>	Stephan Frei
<b>Stellvertreter</b>	Matthias Basler
<b>Kreisgeschäftsführer</b>	Andreas Tanner
<b>Kreisschatzmeister</b>	Bernhard Fox
<b>Kassenprüfer</b>	Wolfgang Löhle
<b>Kassenprüfer</b>	Günter Biehler
<b>Frauenbeauftragte</b>	Nicole Jüntgen
<b>Seniorenbeauftragter</b>	Lothar Möllmann
<b>Beisitzer</b>	Martina Dohle
<b>Beisitzer</b>	Henrik Selisky
<b>Beisitzer</b>	Thomas Zimmermann



## Landesjugendausschuss tagt in Stuttgart

### Mehr als 8 600 DPolG-Mitglieder unter 30 Jahre

Am 9. September 2022 trafen sich Mitglieder des Landesjugendausschusses beim Polizeipräsidium Stuttgart im Arnulf-Klett-Saal. Dabei standen wichtige Themen auf der Tagesordnung. Etwa die Vorbereitungen zum Bundeskongress oder zur Landesjugendkonferenz.

Besonders erfreulich ist die Mitgliederentwicklung. Über 8 600 Mitglieder der DPolG sind unter 30 Jahre alt und gehören somit der DPolG-Nachwuchsorganisation an. In Anlehnung an den bisherigen Slogan – JUNGE POLIZEI, die Abteilung Zukunft – stellten der Landesjugendleiter Michael Haug und der DPolG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer fest, dass diese 8 600 Mitglieder die Zukunft der DPolG seien. Kaum ein anderer Verband kann auf eine Mitgliederentwicklung blicken, die so viele junge Menschen organisiert.



© DPolG BW

Nach internen Beratungen stellte sich der DPolG-Landesvorsitzende den Fragen der Nachwuchsgewerkschafter(innen). Dabei freute sich dieser darüber, dass es viele jüngere

interessierte Mitglieder gibt, die auch bereit sind, zukünftig aktiv mitzuarbeiten. Die hohe Anzahl an Mitgliedern unter 30 Jahren ist eine gute Voraussetzung für eine neu gewählte

Landesleitung, die in „jungen Jahren“ in die Gewerkschaftsarbeit einsteigen will und damit auch in der Lage ist, die Interessen der JUNGEN POLIZEI zu vertreten. ■

## Nachruf

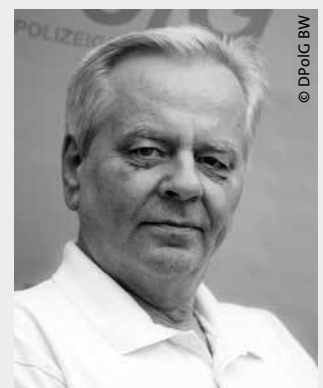
Am 17. August 2022 ist im Alter von 69 Jahren unser Ehrenmitglied Reinald Spehr verstorben.

Reinald Spehr, von den meisten Jo genannt, hatte sich bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand in der DPolG, vornehmlich in Stuttgart, engagiert und sich für die Interessen der Polizeibeschäftigten eingesetzt.

Fast 50 Jahre war er Mitglied in der DPolG. Über Jahrzehnte hinweg bekleidete er die unterschiedlichsten Funktionen. Er war in den 90er-Jahren DAS Gesicht der DPolG in Stuttgart. Viele Aktionen der

DPolG waren unmittelbar mit seinem Namen verbunden. Sei es die Weindorf-Hocketse, das legendäre Bowlingturnier, der DPolG-Volksfesttreff oder etwa die Begleitung des IPA-Marsches als DPolG Stuttgart. Vielen ist sein Engagement als Ortsverbandsvorsitzender, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Bezirksvorsitzender im Bezirk Stuttgart bekannt. Vielen Lesern des POLIZEISPIEGELS ist er mit seinen humorvollen „PolGi“-Geschichten in Erinnerung.

Über mehrere Amtsperioden gehörte er den Personalratsgremien an. Innerhalb des Polizeipräsidiums Stuttgart war er von 2005 bis 2010 der Erste DPolG-Vorsitzende des Örtlichen Personalrats. Er war Mitglied im Landesvorstand, Landeshauptvorstand, im Bundeshauptvorstand und mehrfach Delegierter von Bundes- und Landeskongressen. Überdies gehörte er dem Landeshauptvorstand im BBW – Beamtenbund Tarifunion an. Für seine großen



© DPolG BW

Verdienste wurde er beim Landeskongress 2015 mit der Ernennung „Ehrenmitglied des Landesverbandes“ ausgezeichnet.

Wir werden Reinald Spehr ein ehrendes Gedenken bewahren.